

Stand: 08.04.2026 23:38:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14200

"70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:
9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14200 vom 10.11.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16033 des SO vom 16.03.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16549 vom 25.04.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.04.2017



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Kathi Petersen, Ruth Müller, Susann Biedefeld SPD**

**70 Jahre Bayerische Verfassung –
Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:
9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die in Art. 118a der Verfassung des Freistaates Bayern normierten Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und des Anspruchs auf gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung umzusetzen. Damit wird den Grundsätzen der Nicht-Diskriminierung, Teilhabe und Chancengleichheit der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern zum Durchbruch verholfen.

Von der Staatsregierung werden insbesondere folgende Maßnahmen realisiert bzw. unterstützt:

1. In Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens wird volle Barrierefreiheit gewährleistet.
2. Menschen mit Behinderung wird uneingeschränkt die Reservierung von Schwerbehindertenplätzen in allen Zügen zugänglich gemacht und die kostenlose Buchung dieser Plätze an den Schaltern, Fahrkartenautomaten und im Internet ermöglicht.
3. Die Bemessungsgrenze für die Ausgleichsabgabe gemäß § 71 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) wird auf 6 Prozent erhöht und Unternehmen werden zur Einstellung von Menschen mit Behinderung und zur Schaffung barrierefreier Arbeitsplätze motiviert.
4. Die berufliche Wiedereingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderung wird insbesondere durch den Ansatz von „Unterstützter Beschäftigung“ verbessert.
5. Das laufende Programm „Bayern-Paket 2013 – 2018“ zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen wird finanziell so aufgestockt, dass alle für das Zukunftsinvestitionsprogramm – Barrierefreiheit kleiner Schienenverkehrsstationen (ZIP) des Bundes angemeldeten Bahnhöfe ausgebaut werden können.

6. Verstöße gegen Art. 48 der Bayerischen Bauordnung werden in die Liste der bußgeldbewehrten Ordnungswidrigkeiten gemäß Art. 79 der Bayerischen Bauordnung aufgenommen.
7. Mindestanzahl, Größe und Beschaffenheit von Parkplätzen für Menschen mit Behinderung bei öffentlich zugänglichen Gebäuden werden verpflichtend in der Bayerischen Bauordnung geregelt.
8. Anerkannte Selbsthilfverbände erhalten einen Anspruch auf Aufnahme von Verhandlungen über Zielvereinbarungen zur Herstellung von Barrierefreiheit gegenüber Verbänden, Unternehmen und kommunalen Körperschaften sowie dem Freistaat Bayern.
9. Die Arbeitsstättenverordnung wird dahingehend geändert, dass die Verpflichtung zur Barrierefreiheit von der tatsächlichen Beschäftigung von Menschen mit Behinderung entkoppelt wird.

Begründung:

Gemäß Art. 118a der Verfassung des Freistaates Bayern dürfen Menschen mit Behinderungen nicht benachteiligt werden. Außerdem setzt sich der Staat für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung ein.

zu Nr. 1.:

Menschen mit einer Behinderung haben gemäß Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention ein Menschenrecht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund der Behinderung. Nach Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention müssen die beteiligten Vertragsstaaten jegliche Maßnahmen für den Abbau von Barrieren in, sowie einen barrierefreien Zugang zu allen medizinischen Einrichtungen gewähren. Der Anspruch gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention auf einen barrierefreien Zugang zu den Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte ist in Bayern noch nicht annähernd flächendeckend realisiert.

zu Nr. 2.:

Zu oft müssen Menschen mit Behinderungen feststellen, dass ihren Bedürfnissen in deutschen Zügen nicht genügend Rechnung getragen wird. Dies führt zur indirekten Diskriminierung, deren Beseitigung ein Anliegen der Staatsregierung sein muss.

zu Nr. 3.:

Menschen mit Behinderung haben das Recht, ihren Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in ei-

nem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird (Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention). Obwohl sich die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung im letzten Jahrzehnt etwas erhöht hat, sind immer noch rund drei Viertel aller Menschen mit Behinderung nicht am Erwerbsleben beteiligt. Damit ist die Erwerbstätigenquote von Menschen mit Behinderung nicht einmal halb so hoch wie von Menschen ohne Behinderung. Nach § 71 Abs. 1 SGB IX sind Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen im Sinn des § 73 SGB IX dazu verpflichtet, auf mindestens 5 Prozent dieser Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. In Bayern liegt die Quote der mit schwerbehinderten Personen besetzten Arbeitsplätze gemäß dem Bayerischen Sozialbericht unter dem Bundesdurchschnitt, wobei diese Quote bei Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes deutlich höher ist als bei Arbeitgebern in der Privatwirtschaft.

zu Nr. 4.:

Die Beschäftigungsrate von Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt ist sehr gering. Trotz eines vielfältigen Angebots an rehabilitativen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und der zunehmenden Entwicklung nichtinstitutionalisierter und individueller Angebote bleibt die Mehrheit der Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben institutions- und angebotszentriert und ist weniger an den Bedürfnissen und Lebenswelten der Betroffenen orientiert. Das Prinzip von Unterstützter Beschäftigung (Supported Employment), das sich in der beruflichen Rehabilitation schwer psychisch Kranker in zahlreichen internationalen Studien als effektiv und traditionellen Ansätzen gegenüber überlegen erwiesen hat, wird noch nicht in dem Maße umgesetzt, wie man es aufgrund dieser Forschungsergebnisse erwarten dürfte. Ziel der Unterstützten Beschäftigung ist, behinderten Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung jenseits der Werkstatt für behinderte Menschen zu ermöglichen und zu erhalten.

zu Nr. 5.:

Die Staatsregierung hat für das Zukunftsinvestitionsprogramm – Barrierefreiheit kleiner Schienenverkehrstationen (ZIP) des Bundes 21 Projekte und 3 Nachrückprojekte angemeldet. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur stellt dafür 50 Mio. Euro bundesweit zur Verfügung. Damit ist absehbar, dass der Etat für dieses Programm nicht für alle angemeldeten Bahnhöfe reichen wird. Umso wichtiger ist es, dass die geweckten Erwartungen bei Kommunen und Bürgern durch die Anmeldung für das Zukunftsinvestitionsprogramm nicht enttäuscht werden. Die Auswahl der insgesamt 24 Bahnhöfe erfolgte durch die Staatsregierung mit Bedacht und mit Blick auf die Notwendigkeit eines barrierefreien Ausbaus.

Aus diesem Grund sollte dieser Ausbau unabhängig von einer positiven Entscheidung der Aufnahme in das Zukunftsinvestitionsprogramm bei allen Projekten durchgeführt werden.

zu Nr. 6.:

In Art. 48 der Bayerischen Bauordnung ist normiert, dass in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen ein bestimmter Anteil der Wohnungen barrierefrei zu gestalten ist. Barrierefrei müssen Toilette, Bad, Wohn- und Schlafräume, Küche sowie ein Raum mit Anschlussmöglichkeiten für eine Waschmaschine sein. Öffentliche Gebäude müssen in den dem allgemeinen Besucherverkehr zugänglichen Teilen barrierefrei sein. Ein Zuwiderhandeln gegen diese Vorschriften ist allerdings nach Art. 79 Abs. 1 Nr. 2 der Bayerischen Bauordnung nur dann bußgeldbewehrt, wenn einer vollziehbaren schriftlichen Anordnung der Bauaufsichtsbehörde nicht Folge geleistet wird. Die Anforderungen im Hinblick auf bauliche Barrierefreiheit müssen aber auf jeden Fall rechtlich durchsetzbar sein und können nicht von der Einschätzung der Bauaufsichtsbehörde abhängen.

zu Nr. 7.:

Gemäß Art. 81 der Bayerischen Bauordnung können Gemeinden durch Satzung örtliche Bauvorschriften u.a. erlassen zu Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge. Der in Anlage 7.3/01 der Bekanntmachung von DIN 18040-1 genannte Anteil von 1 Prozent barrierefreier Parkplätze an allen Parkplätzen von öffentlich zugänglichen Gebäuden erscheint zu niedrig. Ein Anteil an barrierefreien Parkplätzen von mindestens 3 Prozent sollte in der Bayerischen Bauordnung verbindlich vorgeschrieben werden. Zusätzlich soll 1 Prozent der Stellplätze für Kraftfahrzeuge mindestens 3,5 m breit und mindestens 7,5 m lang sein, um z.B. den Benutzerinnen und Benutzern von Elektrorollstühlen einen barrierefreien Zugang zu ermöglichen.

zu Nr. 8.:

Zielvereinbarungen stellen ein ergänzendes Handlungsinstrument zur Herstellung von Barrierefreiheit dar. Die Anwendung setzt eine Regelungslücke voraus. Es ist immer dann ein geeignetes Mittel, wenn das Erreichen von Barrierefreiheit nicht oder nicht angemessen durch gesetzliche Vorschriften geregelt ist. Dies ist regelmäßig bei Altbauten oder sonstigen bereits bestehenden Anlagen oder der Inneneinrichtung kommunaler Gebäude der Fall. Für diese Fälle hat der Landesgesetzgeber in NRW den anerkannten Behindertenverbänden zur nachträglichen Herstellung von Barrierefreiheit als ergänzende Möglichkeit einen Anspruch auf Aufnahme von Zielvereinbarungsverhandlungen eingeräumt. Es ist ein Handlungsinstrument der Behinderten-Selbsthilfe. Betroffene können von sich aus aktiv werden und treten nicht als Bittsteller auf, sondern können die Aufnahme von Verhandlungen verlangen.

zu Nr. 9.:

In § 3a Abs. 2 der Verordnung über Arbeitsstätten

(Arbeitsstättenverordnung – ArbStättV) heißt es: „Beschäftigt der Arbeitgeber Menschen mit Behinderungen, hat er Arbeitsstätten so einzurichten und zu betreiben, dass die besonderen Belange dieser Beschäftigten im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheitsschutz berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die barrierefreie Gestaltung von Arbeitsplätzen sowie von zugehörigen Türen, Verkehrswegen, Fluchtwegen, Notausgängen, Treppen, Orientierungssystemen, Waschgelegenheiten und Toilettenräumen.“ Diese Regelung führt dazu, dass Menschen mit Behinde-

rung als klar abgegrenzte – und dadurch auch ausgegrenzte – „Sondergruppe“ behandelt werden. Dies wiederum erschwert deren Integration in den Arbeitsmarkt erheblich, da barrierefreie Arbeitsplätze eben nur dann zu schaffen sind, wenn ein Arbeitgeber auch tatsächlich Menschen mit Behinderung beschäftigt. Eine Entkoppelung der beiden Aspekte erscheint deshalb dringend geboten, um die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung spürbar verbessern zu können .



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann,
Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Drs. 17/14200**

**70 Jahre Bayerische Verfassung -
Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:
9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII)**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ilona Deckwerth**
Mitberichterstatter: **Joachim Unterlän-
der**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 16. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 145. Sitzung am 8. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 16. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Kathi Petersen, Ruth Müller, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/14200, 17/16033

**70 Jahre Bayerische Verfassung –
Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:
9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behinderten-
rechtskonvention auch in Bayern (VII)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Volkmar Halbleib

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Ulrike Gote

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Abg. Martin Güll

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Aussprache die Tagesordnungspunkte 6 bis 21 auf:

Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Für eine gerechte Steuerpolitik (I) ([Drs. 17/14194](#))

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Gleichwertige Arbeitsbedingungen in ganz Bayern schaffen (II) ([Drs. 17/14195](#))

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern schaffen (III) ([Drs. 17/14196](#))

und

Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Lohnlücke endlich wirksam bekämpfen (IV) ([Drs. 17/14197](#))

und

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Familien und ihre Kinder bestmöglich unterstützen (V) ([Drs. 17/14198](#))

und

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Ausbildungsgarantie verwirklichen (VI) ([Drs. 17/14199](#))

und

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII) ([Drs. 17/14200](#))

und

Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Bayern braucht ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz - die Empfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen umsetzen! (VIII)

([Drs. 17/14201](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Allgemeine und berufliche Schulen zu inklusiven Schulen weiterentwickeln (X)

(Drs. 17/14202)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

In der Erwachsenenbildung plurale Angebote sicherstellen und für ausreichende

Finanzierung sorgen (XI) (Drs. 17/14203)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Infrastruktur an weiterführenden Schulen in allen Landesteilen sicherstellen (XII)

(Drs. 17/14204)

und

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.

a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Schutz und sparsamer Umgang mit Landschaft und Fläche (XIII) (Drs. 17/14205)

und

Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Gleichheit vor dem Gesetz umsetzen -

Gleichstellungsgesetz reformieren (XIV) ([Drs. 17/14206](#))

und

Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Florian von

Brunn u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Tierschutz verbessern (XV) ([Drs. 17/14207](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul

Gantzer u. a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration! (XVI) ([Drs. 17/14208](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.

a. (SPD)

70 Jahre Bayerische Verfassung -

Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag:

Demokratische Schulen durch Stärkung der politischen Bildung schaffen (IX)

([Drs. 17/14209](#))

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu fünf Anträgen – das sind die Tagesordnungspunkte 10, 12 und 18 bis 20 – namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktio-

nen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten; die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. – Erster Redner ist der Kollege Halbleib. Bitte sehr.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt fünf Monate her, dass wir in einer großen Feierveranstaltung am 1. Dezember 2016 im Münchner Nationaltheater gemeinsam mit der Staatsregierung und vielen anderen des 70-jährigen Jubiläums der Bayerischen Verfassung gedacht haben. Es gab viele Reden, viele hohe Töne, viel Weihrauch, aber auch viele Allgemeinplätze. Der Journalist und Publizist Heribert Prantl hat darüber geschrieben:

Die bayerische Verfassung ist zu einer Jubiläums-Verfassung geworden. Es ergeht den Leuten damit wie mit der Oma im Altersheim. Dass man sie hat, merkt man vor allem dann, wenn sie Geburtstag feiert.

Das ist ein durchaus kritischer Blick auf das Verfassungsjubiläum. Heribert Prantl geht weiter. Er nennt es die große Tragik dieser Bayerischen Verfassung:

... niemand hat sie gestärkt, niemand hat sie zu einem Hort der Hoffnung und des Vertrauens der Menschen zwischen Garmisch und Hof gemacht.

Heribert Prantl hat recht und zugleich unrecht; denn "niemand" ist in diesem Fall nicht richtig. Die SPD hat die Bayerische Verfassung immer als ständigen Auftrag an Staat, Politik und Gesellschaft verstanden. Das hängt natürlich mit dem Stolz auf den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner zusammen, den Vater der Bayerischen Verfassung. Das hängt aber auch mit der Qualität dieser Verfassung zusammen, mit ihrer Sprache, mit ihrer Konkretheit, mit ihrer Verständlichkeit, und das hängt natürlich mit den sozialen Grundrechten und auch Grundpflichten und den sozialen Grundsätzen dieser Verfassung zusammen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass die SPD als verfassungspatriotische Partei stolz auf diese Verfassung ist.

Allerdings – und das ist auch Thema der heutigen Befassung – haben wir über Jahre und Jahrzehnte feststellen müssen, dass die Mehrheitsfraktion dieses Hauses, vor

allem auch die CSU-Staatsregierung, diesen Verfassungspatriotismus im Hinblick auf die Bayerische Verfassung nicht geteilt hat. Es gab hohe Töne im Allgemeinen, aber kleine Münze bei der Umsetzung der Bayerischen Verfassung. Ich glaube, deswegen ist es richtig, fünf Monate nach der großen Feier im Bayerischen Landtag einmal zu thematisieren, dass die Bayerische Verfassung ein permanenter Auftrag ist und dass sie Grundsätze enthält, die in diesem Hause zumindest von der Mehrheitsfraktion in der Umsetzung nicht immer geteilt werden. Ich glaube, deswegen ist es richtig, genau jetzt, zu diesem Zeitpunkt, jenseits der großen Feierlichkeiten, daran zu erinnern, dass diese Bayerische Verfassung von diesem Parlament permanent umgesetzt werden muss.

Ich darf einige Punkte aufgreifen. Wir haben ein Antragspaket vorgelegt. An den Beginn will ich die Steuerpolitik stellen. In der Verfassung des Freistaats Bayern, die wir alle als Grundlage unserer politischen Arbeit sehen, heißt es ganz klar:

Die Erbschaftssteuer dient auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern. Sie ist nach dem Verwandtschaftsverhältnis zu staffeln.

So der Verfassungstext.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das spricht doch ganz klar dafür, die Erbschaftsteuer zu stärken. Was stellen wir in der Verfassungswirklichkeit und in der politischen Wirklichkeit dieses Hauses fest? – Es wird über die Regionalisierung der Erbschaftsteuer diskutiert, die nur dazu führt, dass sie im Endeffekt abgeschafft wird. Ein klarer Verstoß gegen den Leitsatz der Bayerischen Verfassung! Dies hat zur Folge, dass die Schere bei der Vermögensentwicklung immer größer statt kleiner wird.

Zu diesem Verfassungsgrundsatz passt auch nicht die Auffassung von Herrn Finanzminister Dr. Söder, der die Kritik der EU-Kommission an der praktischen Steuerfreiheit

von Apple zum Schutz von Apple zurückgewiesen hat und damit zulasten der normalen Steuerzahler auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet. Auch das ist ein Verstoß gegen Text und Geist der Bayerischen Verfassung. Ich will jetzt gar nicht über die Begrenzung der Managergehälter sprechen. Ich glaube aber, die Mehrheit dieses Hauses ist aufgefordert, die Grundsätze der Bayerischen Verfassung gerade mit Blick auf die Finanzpolitik ernst zu nehmen. Daran wollen wir jenseits der großen Feierstunden appellieren.

Ich darf auch an den Grundsatz erinnern, den der Bayerische Landtag und das bayerische Volk zur Tätigkeit des Staates in die Verfassung geschrieben haben:

Er fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern, in Stadt und Land.

Was stellen wir in der Verfassungsrealität fest? – Jetzt wandert der dritte Stimmkreis von Nordbayern nach Oberbayern.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Sie haben noch genug Gelegenheit, sich aufzuregen, Herr Kollege Ländner; sparen Sie sich das.

Die Schere beim Bruttoinlandsprodukt geht nach wie vor weit auseinander.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

– Es hilft keine Schreierei, sondern die Umsetzung der Bayerischen Verfassung. Dazu fordern wir Sie auf.

Die SPD hat immerhin für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gesorgt. Wir sprechen diesen Punkt deshalb an, weil wir vor der Verabschiedung des Abschlussberichts stehen. Wir wollen in diesem Abschlussbericht ganz konkrete Punkte und Maßnahmen dieses Hauses sehen, die dazu

führen, dass der Verfassungsgrundsatz, den wir in die Verfassung geschrieben haben, auch umgesetzt wird.

Wir wollen – auch das ist Gegenstand einer namentlichen Abstimmung –, dass folgender Grundsatz endlich umgesetzt wird, der in der Bayerischen Verfassung steht:

Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn.

(Beifall bei der SPD)

Wir verstehen nicht, dass sich gerade die politische Mehrheit in diesem Hause mit einem Gesetz unheimlich schwer getan hat, das vom Deutschen Bundesrat hoffentlich bald verabschiedet werden wird, nämlich mit einem Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Das ist ein wichtiger Impuls. Die Bayerische Verfassung kann hierfür eine wichtige Orientierung sein.

Wir stellen auch fest, dass der Grundsatz

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

im Freistaat Bayern nicht umgesetzt ist und dass dies auch jenseits der Festtage ein Verfassungsauftrag bleibt. Wir müssen das Gleichstellungsgesetz endlich reformieren, und wir müssen auch mehr tun, um die Repräsentation von Frauen in Parlamenten, egal welcher Ebene, zu stärken. Das ist der Verfassungsauftrag der Bayerischen Verfassung, und diesen müssen wir endlich umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf noch einen anderen Punkt aufgreifen. Die Ausbildungsgarantie ist ein wichtiges Thema. Artikel 128 Absatz 1 lautet:

Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.

Da müssen wir auch noch einiges tun. Es geht um den Ausbau der Berufsorientierung, der Jugendberufsagenturen, der Jugendsozialarbeit an Schulen und natürlich auch um die Lehrerausstattung an den beruflichen Schulen sowie um die Frage der Abschaffung und Übernahme der Ausbildungskosten. Das sind wichtige Maßnahmen, ohne die dieser Verfassungsgrundsatz sozusagen Schall und Rauch bleibt. Wir müssen ihn umsetzen.

Das Gleiche gilt für ein barrierefreies Bayern. Wir haben die Verfassung diesbezüglich sinnvollerweise ergänzt. Wir sind aber noch weit entfernt davon, dass sich der Staat für gleichwertige Lebensverhältnisse von Menschen mit und ohne Behinderung einsetzt. Wir müssen diesbezüglich mehr tun. Deswegen haben wir hierzu unser 9-Punkte-Programm vorgelegt.

Ein wichtiger Punkt – auch das soll an dieser Stelle gesagt sein –:

Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, die GBW zu verhökern. Es wäre Aufgabe dieses Landtags gewesen, mehrheitlich für eine bayerische Wohnungsbaugesellschaft mit Substanz zu sorgen. Darum werden wir auch kämpfen, weil auch dieser Verfassungsgrundsatz ansonsten Schall und Rauch bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Ein wichtiger Punkt, den die Bayerische Verfassung thematisiert:

Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen.

Dies passt aber nicht zur Kürzung des Faches Sozialkunde an allen Schulen. Da passt nicht dazu, dass wir die Schulen nicht noch wesentlich stärker als Lernort der Demokratie haben.

Auch zum Thema Erwachsenenbildung steht etwas in der Bayerischen Verfassung, nämlich:

Die Erwachsenenbildung ist durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern.

Was stellen wir in der Verfassungswirklichkeit fest? – Eine ganz starke Unterfinanzierung der Erwachsenenbildung in Bayern sowie eine Unterfinanzierung der Grundbildung für die hohe Zahl funktionaler Analphabeten. Wir haben dies mehrfach thematisiert. Es macht keinen Sinn, diesen Verfassungsgrundsatz zu bejubeln, wenn er anschließend in der politischen Realität nicht umgesetzt wird. Dazu fordern wir gezielt auf.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend – das haben wir heute diskutiert – zur Frage des Umweltschutzes in der Bayerischen Verfassung: Ich bitte Sie – ich kann das aus Zeitgründen nicht mehr ansprechen –, die Rede von Dieter Wieland am 9. Dezember in diesem Haus zur Verleihung der Verfassungsmedaille nachzulesen. Was er der politischen Mehrheit ins Stammbuch geschrieben hat, ist, glaube ich, wirklich lesenswert.

Abschließend: Wir wollen, dass die Bayerische Verfassung unsere Leitkultur verkörpert. Wir wollen die Umsetzung dieser Bayerischen Verfassung jenseits der Festtage.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Volkmar Halbleib (SPD): Wir sagen ganz klar: Unser Bayern, unsere Verfassung, unser Auftrag! Deshalb wollen wir – und werden dies auch in Zukunft tun – die Umset-

zung dieser Bayerischen Verfassung in diesem Landtag thematisieren und Sie, liebe Mehrheitsfraktion der CSU, auch zum Schwur zwingen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir anlässlich des Jubiläums der Bayerischen Verfassung über deren Umsetzung miteinander debattieren. Es ist nicht gut, wenn Anträge gestellt werden, die entweder über Allgemeinplätze nicht hinausgehen oder die zu einem Großteil politisch bereits erfüllt worden sind. Eine Debatte über solche Anträge bringt uns gar nichts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von der Gleichheit der Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern sprechen, dann verweise ich darauf, dass wir insoweit in nahezu allen Politikbereichen Verbesserungen erreicht haben. Dabei sind wir zum Teil weit über das hinausgegangen, was Sie in Ihren Anträgen fordern. Die Forderung nach Gleichheit der Lebensverhältnisse findet auch im LEP Berücksichtigung. Ich gehe davon aus – auch Sie haben es schon angesprochen, Kollege Rüth –, dass die Enquete-Kommission weitere Vorschläge unterbreiten und damit die Diskussion unterstützen wird.

Die Politik der Staatsregierung und der CSU-Mehrheit im Landtag leistet sehr wichtige Beiträge dazu, dass im Freistaat Bayern auch der ländliche Raum hervorragend dasteht. Der ländliche Raum profitiert gleichberechtigt von allen Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Halbleib, Sie haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesprochen; in Ihrem Antrag finde ich dazu leider nur viele Allgemeinplätze. So fordern Sie, die Qualität in unseren Kindertagesstätten weiterzuentwickeln. Ich stelle fest: Kaum ein Land der Bundesrepublik hat für die Qualität in den Kindertagesstätten so viel getan wie der Freistaat Bayern. Ich erwähne nur den Basiswert plus, die Qualitätsberater, die inhaltliche Weiterentwicklung des Bildungs- und Erziehungsplans und den quantitativen Ausbau.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Sie vertragen es anscheinend nicht, dass man die Wahrheit anspricht.

(Beifall bei der CSU)

Die Kindertagesstätten im Freistaat Bayern entwickeln sich gut. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Wie sieht es mit dem Gehalt für die Erzieherinnen aus?)

– Kollege Gehring, wir sind völlig einer Meinung, was dieses Thema angeht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dann macht es doch!)

"Dann macht es doch!?" Daran merkt man, dass Sie davon überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU)

Durch die Weiterentwicklung des Basiswertes, das heißt die Indexierung, vollziehen wir jede Gehaltserhöhung bei den Erzieherinnen nach. Wir sind froh, dass die Erzieherinnengehälter – genauso wie alle anderen Gehälter – durch die Tarifvertragsparteien festgelegt werden. Die Politik hat damit nichts zu tun. Hände weg von der Tarifautonomie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Was die Forderung nach Lohngerechtigkeit zwischen Mann und Frau anbelangt, so sind wir völlig auf einer Linie. Die Große Koalition im Bund hat sich geeinigt. Es ist gut, dass eine Entscheidung getroffen worden ist; diese gilt es jetzt abzuarbeiten. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob allein umfassende Transparenz, insbesondere die Veröffentlichung von Gehältern, der richtige Weg ist, um mehr Lohngerechtigkeit zu erreichen. Wir müssen hier gemeinsam politisch daran arbeiten, dass es auch insoweit zu mehr Gerechtigkeit kommt. Dabei haben wir allerdings die Tarifverträge und die darin festgelegten Vergütungsstrukturen zu beachten.

In einem weiteren Antrag fordern Sie, die Kosten der Integration nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Ich sage Ihnen: Kein anderes Bundesland tut, was die Förderung der Integration und die Übernahme der entsprechenden Kosten angeht, so viel für die Kommunen wie der Freistaat Bayern. Damit meine ich nicht nur die Kosten, die aus der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern resultieren, sondern alle Integrationsmaßnahmen. Auch Sie, die Mitglieder der Oppositionsfraktionen, nehmen an Sprechertagungen teil, auf denen Sie sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ländern austauschen. Auch Sie hören dort sicherlich immer wieder die mit einem gewissen Neid vorgetragene Äußerung: Wenn wir die gleichen Bedingungen wie in Bayern hätten, dann wäre es gut so. – Angesichts dessen verstehe ich, um es auf Bairisch zu sagen, "hint und vorn ned", warum Sie einen Weg einschlagen wollen, wie er in Ihren Anträgen skizziert wird.

Menschen mit Behinderung zu unterstützen – dieses Ziel eint uns. Dazu ist aber die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erforderlich. Es bedarf weiterer Ausführungsgesetze zu den Sozialgesetzbüchern, um Barrierefreiheit herzustellen. Aber ich sage Ihnen auch – insoweit wiederhole ich mich –: Das Ziel der Herstellung von Barrierefreiheit wird in keinem Bundesland so konsequent umgesetzt wie im Freistaat Bayern.

Aus den genannten Gründen kann ich, kann die gesamte CSU-Landtagsfraktion mit Ihrem Antragspaket nicht viel anfangen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kann ich mir vorstellen!)

Darin finden sich zu viele Allgemeinplätze. Zahlreiche Forderungen sind auch inhaltlich überholt. Deswegen werden wir die Anträge nicht unterstützen.

Zu den bildungspolitischen Fragen wird meine Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig Stellung nehmen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Halbleib, es ist gut, hin und wieder SPD-Parteiveranstaltungen zu besuchen, weil man dort einiges lernen kann. So hat vor einigen Wochen Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly die Steuerkonzeption, die er für richtig hält, mit folgenden Worten beschrieben: Leistungsgerechtigkeit – Verteilungsgerechtigkeit – Finanzierungsnotwendigkeit.

Ich kann dies zu 100 % unterstreichen. Einen solch breiten Ansatz hätte ich mir auch in einem Antrag, der auf eine gerechte Steuerpolitik zielt, gewünscht. Sie dagegen, Herr Halbleib, picken sich eine Steuer heraus – die Erbschaftsteuer –, die Sie gern erhöhen möchten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die wir erhalten möchten!)

Dabei lassen Sie völlig außer Acht, dass es sich um eine Bundessteuer handelt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das steht in der Bayerischen Verfassung!)

– Lieber Kollege Halbleib, natürlich können Sie sich jetzt darauf berufen, dass Bayern dem Grundgesetz 1949 nicht zugestimmt hat. Dennoch gilt es in Bayern. Die Erbschaftsteuer ist nun einmal nach geltendem Recht eine Bundessteuer.

In Ihrem Antrag fordern Sie aber nicht die Regionalisierung der Erbschaftsteuer. Das ist durchaus interessant; denn wenn Sie konsequent wären, müssten Sie formulieren: Wir Sozialdemokraten sind für die Regionalisierung, damit wir in Bayern große Vermögen endlich einer hohen Erbschaftsteuer unterwerfen können. – Wenn Sie diese Forderung umsetzen würden, käme dies allerdings einem Konjunkturpaket I für andere Bundesländer und einer Wachstumsbremse für den Freistaat Bayern gleich.

Gerechte Steuerpolitik – ja. Gerechte Steuerpolitik heißt aber: Abschaffung der kalten Progression und Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Davon hätten breite Teile der Bevölkerung, insbesondere die Bezieher mittlerer Einkommen, die Arbeitnehmer, etwas, wohingegen sie von einer Reichensteuer, die sich auf Erbschaften bezieht, überhaupt nichts hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich picke zwei weitere Punkte heraus. In Ihrem Antrag unter VIII fordern Sie bezahlbaren Wohnraum. Was diese Forderung angeht, so muss man Sie zu 100 % unterstützen. Ich gehe sogar so weit zu behaupten: Es ist die wichtigste sozialpolitische Maßnahme überhaupt, den Menschen in ganz Bayern bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen. Was haben sie von einer Gehaltserhöhung um 3 %, wenn die Miete um 5 oder 6 % steigt? Wir müssen die Kräfte an dieser Stelle bündeln. Im Freistaat Bayern haben wir tatsächlich die Möglichkeit gegenzusteuern. Allerdings verstehe ich nicht ganz, dass Sie Ihr Ziel beim Flächenverbrauch im Antrag XIII geradezu konterkarieren, indem Sie einerseits die Reduzierung des Flächenverbrauchs fordern, andererseits eine deutliche Beschleunigung des Mietwohnungsbaus verlangen. Diesen Widerspruch gehen wir nicht mit. Deshalb unterstützen wir nur Ihre Forderung nach bezahlbaren Wohnungen.

Wir freuen uns, dass unserem jahrelangen Kampf durch die Verfassungsänderung Rechnung getragen wird. Uns FREIEN WÄHLERN liegt nämlich die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern am Herzen. Das ist gelebte Sozialpolitik. Das ist gelebte Wirtschaftspolitik. Das ist gelebte Strukturpolitik. Das ist Politik für die Menschen. Zwar ist dies in Ansätzen in Ihren Anträgen erkennbar, leider jedoch nicht durchgehend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der knappen Redezeit ist es sehr schwierig, einzeln und vertieft auf die 16 Anträge einzugehen. Wir haben im Rahmen der Ausschussberatungen die Anträge jedoch intensiv behandelt. Ich finde, die abschließende Beratung des gesamten Antragspakets gibt uns eine gute Gelegenheit, die Verfassung anlässlich ihres 70. Jubiläums inhaltlich als Ganzes zu würdigen. In den Festreden wurde oftmals, insbesondere von Vertreterinnen und Vertretern der CSU, ausgeblendet, was wirklich in der Verfassung steht. Wir GRÜNE stehen hingegen auch hinter allen Inhalten, die gerne vergessen oder nur halbherzig verstanden werden. Wir feiern die Verfassung, und wir nehmen sie ernst. Wir arbeiten daran, dass ihre Inhalte umgesetzt werden, jeden Tag in diesem Parlament und in jeder Plenarsitzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bayerische Verfassung ist die Grundlage für die Demokratie und die weltoffene Gesellschaft in Bayern. Mit ihrer Betonung der direkten Volksrechte in der Gesetzgebung hat sie eine besonders gute Möglichkeit zur dynamischen Weiterentwicklung. Dies hat das bayerische Volk schon ausgiebig genutzt, um auf kommunaler Ebene direktdemokratische Möglichkeiten, den Bürgerentscheid, einzuführen. Dies ist übrigens gegen die CSU und mit Unterstützung der GRÜNEN geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verfassung hat auch bei vielen anderen Themen die Rechte von Minderheiten geschützt und dem Volk direkten Einfluss gegeben, sodass die jahrzehntelange absolute Dominanz der CSU wenigstens partiell eingeengt werden konnte. Die Bayerische Verfassung ist gut. Sie hat sich bewährt, wird aber auch bedroht, beispielsweise von rechts und von Leitkult-Predigern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ausgrenzungsgesetz, das Sie fälschlicherweise Integrationsgesetz nennen, verstößt gegen die Intention der Bayerischen Verfassung und gegen etliche ihrer Bestimmungen. Der Verfassungsgerichtshof wird darum noch Gelegenheit bekommen, es zu verwerfen. Ein weiteres Beispiel ist Artikel 113. Er garantiert allen Bewohnerinnen und Bewohnern Bayerns das Recht, sich ohne Anmeldung friedlich zu versammeln. Die CSU hat diese Versammlungsfreiheit mit ihrem Versammlungsverhinderungsgesetz übermäßig eingeschränkt. Wesentliche Teile dieses Gesetzes wurden vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Besonders oft wird Artikel 141 zitiert. Es ist auch wichtig, dass er besonders oft zitiert wird. Seit 70 Jahren stellt er die natürlichen Lebensgrundlagen und die Naturschönheiten unter besonderen Schutz. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, betreiben eine Politik des hemmungslosen Naturverbrauchs. Tag für Tag werden immer mehr Bereiche der Umwelt kurzfristigen und wirtschaftlichen Profitinteressen Einzelner geopfert. Gerhard Polt hat völlig zu Recht gesagt: Was man liebt, betont man nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum wollen wir GRÜNE eine Politik, die gerade diesen Verfassungsgrundsatz ernst nimmt, umsetzt und Umwelt, Natur, Tiere und Klima wirklich schützt. Die Verfassung betont und sichert die Unabhängigkeit der Richter und Richterinnen. Die missbräuchliche Auslegung dieses Grundsatzes durch Sie, die CSU-Staatsregierung, führt zu vielen Problemen. Deshalb fordern wir GRÜNE im Landtag mit vielen Initiativen einen

Diskussionsprozess über eine stärkere Autonomie und Selbstverwaltung der Justiz sowie eine konsequent umgesetzte Unabhängigkeit der bayerischen Justiz. Dies werden wir auch weiter fordern.

Neben dem Landtag hat in Bayern auch das Volk das Recht zur Gesetzgebung. Die Bayerische Verfassung enthält viele gute Elemente der direkten Demokratie. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben sich im letzten Jahr durch das Wahlgesetz selbst die Möglichkeit gegeben, unverbindliche Volksbefragungen durchzuführen. Mit diesem Demokratie-Placebo wollten Sie ein weiteres Mittel einführen, um politische Fakten zu schaffen und somit unter Umständen Bürgerentscheide zu entwerfen. Das ist wohl aus dem Ärger über das Münchner Bürgerbegehren gegen die dritte Startbahn entstanden. Das hat Ihnen nicht gefallen. Der Versuch, die Bayerische Verfassung einzuschränken und ihren Geist falsch auszulegen, ist krachend gescheitert. Der Verfassungsgerichtshof hat weite Teile dieses Gesetzes für nichtig erklärt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Versammlungsfreiheit, Naturschutz, Gewaltenteilung und Volksgesetzgebung sind nur vier Beispiele für Bereiche, in denen sich die CSU-Politik konträr zu den Ansprüchen und Zielen der Bayerischen Verfassung auswirkt. Es gibt unzählige weitere Themen wie die soziale Spaltung der Gesellschaft, die fortbestehende Ungleichberechtigung von Frauen und Männern, die Krise der Landwirtschaft, die Chancenungleichheit in der Bildung und vieles mehr. All dies zeigt, dass ein besseres Bayern als das Bayern unter CSU-Politik bereits vor 70 Jahren denkbar war und auch heute denkbar ist.

Die SPD benennt in ihren Anträgen 16 weitere Forderungen, denen wir in den Fachausschüssen allesamt zugestimmt haben. Das werden wir natürlich auch heute wieder tun. Immer wieder muss die CSU von Verfassungsgerichten dazu gezwungen werden, die Verfassung und insbesondere die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu achten. Wir GRÜNE schützen und bewahren die Bayerische Verfassung und

ihre demokratischen Werte sowie die pluralistische, gleichberechtigte und gesellschaftliche Vielfalt vor diesen Angriffen und werden das weiterhin tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum feiern wir die Verfassung. Wir haben sie an ihrem 70. Jahrestag gefeiert, und wir werden sie weiterhin jeden Tag in diesem Parlament feiern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Eiling-Hütig.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Thema politische Bildung an Schulen – darum geht es in einem Ihrer Anträge – haben wir uns bereits vor zwei Monaten in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion ausführlich beschäftigt. Bereits damals habe ich betont, dass die politische Bildung in unseren Schulen seit Langem ein ganz wichtiger Teil des Unterrichts ist. Sie ist nicht nur Bestandteil des Lehrplans für Geschichte und Sozialkunde, sondern auch in vielen anderen Fächern, in denen sie intensiv behandelt wird. Das geht übrigens auch aus einer ausführlichen Antwort des Staatsministeriums für Bildung und Kultus auf eine Schriftliche Anfrage seitens der SPD von Ende Dezember 2016 hervor. Sie zeigt übersichtlich und nach sämtlichen Schularten aufgeschlüsselt, welcher großen Raum die politische Bildung und die Erziehung zur Demokratie an allen Schularten einnehmen. Dazu zählen die Grundschule, die Mittelschule, die Realschule, die Abendrealschule, die Wirtschaftsschule, das Gymnasium, die FOS, die BOS, die Berufsschule, die Berufsförderschule, die Berufsfachschule, die Fachakademien, die Fachschulen und Meisterschulen. Ich hoffe, ich habe keine Schulart vergessen.

Wer die Antwort des Bildungsministeriums aufmerksam liest, stellt fest, dass die politische Bildung an unseren Schulen umfangreich verankert ist. Dazu zählen neben dem Fach Sozialkunde auch Politik und Zeitgeschichte, Geschichte und Sozialkunde, Sozi-

alwesen, Sozialpraktische Grundbildung, Sozialwissenschaftliche Arbeitsfelder, sozial- und geisteswissenschaftliche Grundlagen, Sozialwissenschaften und Soziallehre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist aber weit von der Realität entfernt!)

Es wäre schön, wenn die SPD die Antworten auf ihre eigenen Anfragen zur Kenntnis nehmen würde.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Selbst der Ministerpräsident will das ändern!)

Sehr geehrte Kollegen, darüber hinaus finden an den bayerischen Schulen zur Prävention gegen Extremismus viele Projekte statt. Frau Gote, in diesem einen Punkt muss ich Ihnen einmal recht geben: Wir haben in den Ausschüssen lang und breit darüber diskutiert; das war auch im Bildungsausschuss so. Es finden Projekte statt wie etwa "Werte machen stark", "Prävention im Team" und "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Sie wissen, und ich wiederhole das jetzt schon zum zehnten Mal, rund 400 bayerische Schulen haben diesen Titel mittlerweile verliehen bekommen. Auch wenn wir an die Jugendsozialarbeit an den Schulen denken, merken wir, dass diese einen wichtigen Beitrag zur Prävention gegen Extremismus und gegen Intoleranz leisten. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Außerdem unterstützt das schulart- und fächerübergreifende Gesamtkonzept der politischen Bildung den Fachunterricht sowie die politische Bildung an unseren Schulen. Wie Sie wissen, wird das auch im Augenblick überarbeitet und neu gefasst.

Darüber hinaus gibt es viele Angebote von politischer Bildung an unseren Schulen, die die meisten Kollegen auch aus den Bereichen, in denen sie vor Ort sind, kennen sollten. Deshalb sind die im vorliegenden Antrag gemachten Vorschläge sachlich überflüssig. Wir lehnen diesen Antrag daher ab.

Jetzt komme ich noch ganz kurz zum Antrag zum Thema Erwachsenenbildung. Da habe ich echt gedacht, es handle sich um einen Witz.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wie Sie wissen, haben sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen das Ziel gesetzt, die Novellierung des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes in Angriff zu nehmen. Wir haben eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet. Die Fraktionen sind sich einig, dass der Gesetzesinitiative ein offener Dialogprozess mit allen betroffenen staatlichen Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen vorausgehen soll.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat mit der Unterfinanzierung nichts zu tun!)

Um die Reform der Erwachsenenbildung voranzubringen, haben wir diese fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es geht doch um die Unterfinanzierung!)

Sie müssen doch erst einmal die Inhalte abklären, bevor Sie immer gleich übers Geld reden. Geld brauchen wir immer, aber das ist erst mal zweitrangig. Außerdem ist da einiges gemacht worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist völlig unrealistisch!)

Sie reden völlig am Thema vorbei. Entschuldigung, das muss ich Ihnen mal sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden am Thema vorbei!)

Wenn Sie es wiederholen, wird es nicht wahrer. Bei den mehrfachen Treffen mit den Trägern der Erwachsenenbildung haben wir bereits eine Fülle von zentralen Themen erörtert und beschlossen, haben den Trägern einen Fragenkatalog gestellt und uns intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt.

Die erste Frage dieses Fragenkatalogs lautet laut Sitzungsprotokoll, das ich mir angesehen habe: Wie sieht gesellschaftliche Pluralität heute aus? – Und gerade weil diese

Fragen schon angesprochen wurden, ist es für die Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe absolut kontraproduktiv, wenn die SPD mitten im Erörterungs- und Diskussionsprozess einzelne Punkte wie die Pluralität herausgreift und auch noch ein Konzept verlangt.

Entschuldigung, genau diese Dinge sind jetzt in Arbeit. Zu Ihrer Information, weil Sie das nicht zu wissen scheinen: In Kürze gibt es eine Expertenanhörung im Bildungsausschuss, bei der wir intensiv über die Themen Erwachsenenbildung heute, Pluralität und darüber, was auf uns zukommt, sprechen werden.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Diese Themen werden also bereits intensiv und konstruktiv in unserer Arbeitsgruppe diskutiert – und zu Ihrer Info: auch unter Beteiligung der SPD. Dabei waren wir uns einig, dass die Pluralität der Träger, deren Zahl nach dem Bericht des Obersten Rechnungshofs 2014 leider von sieben auf vier zurückgegangen ist, möglichst wieder hergestellt werden soll. Außerdem sind wir uns darüber einig, dass die Beteiligung an der Erwachsenenbildung auch durch niederschwellige Angebote erhöht werden soll. Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass die Förderung der Erwachsenenbildung insgesamt bereits deutlich erhöht worden ist.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, Sie beachten bitte die Uhr.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Ich bin sofort fertig. – Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der SPD deshalb herzlich, ihre Vorschläge sinnvollerweise in die Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe einzubringen. Da dieser Antrag insofern überflüssig ist, lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der kurzen mir noch verbleibenden Zeit möchte ich auf einige Punkte eingehen. Wir stimmen in den meisten Bereichen dem Antragspaket der SPD zu. Ich gehe zunächst auf den Antrag betreffend "Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration!" ein. Das ist eine wichtige Forderung, die wir unterstützen. Da geht es um zusätzliche Plätze in Kindergärten, um Hilfe für den Einstieg in der Schule usw. Wir haben die finanzielle Unterstützung vonseiten des Freistaats auch beim Integrationsgesetz immer wieder eingefordert. Diese Forderungen sind aber nicht erfüllt worden. Wir sagen natürlich: Wer bestellt, soll auch bezahlen. Aber im Vorblatt des Integrationsgesetzes steht nach wie vor: Den Kommunen entstehen keine Kosten. – Das stimmt einfach nicht. Das ist einfach falsch. Wir meinen, die Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher erwarten wir auch, dass keine Kommunalisierung der Kosten stattfindet.

Jetzt sagen Sie, das ist ja nichts Neues. Neu sind aber zum Beispiel die Meldungen, die am 17.04. bundesweit bezüglich der Kosten für die Flüchtlinge in der Presse waren. Hier haben verschiedene Bürgermeister und Landräte die Kosten einmal vorgerechnet und haben Briefe, haben Rechnungen an die Bundeskanzlerin geschickt. So sagt etwa Peter Dreier, Landrat aus Landshut, Landshut seien durch die Flüchtlingskrise Kosten in Höhe von 9 Millionen Euro entstanden, jedoch seien nur 7 Millionen erstattet worden, und 2 Millionen fehlten. Oder der Oberbürgermeister von Fürth, Thomas Jung, sagt, pro Jahr entstünden 10 Millionen an Kosten, nur 7 Millionen bekomme man zurück, den Rest zahle Fürth selbst drauf. Und der Oberbürgermeister von Leipzig hat sogar ein Defizit von 27 Millionen.

(Zuruf von der CSU: Leipzig liegt nicht in unserem Land!)

Herr Unterländer, das muss man einfach einmal sagen. Hier fehlen Gelder, die die Kommunen selbst aufbringen müssen. Wir meinen, hier besteht noch ein Defizit. Wir wissen, dass es auch bei den Personalkosten ein Defizit gibt. Nach wie vor müssen

die Landkreise die Personalkosten tragen sowie zwei Drittel der Kosten für junge Volljährige.

Ein letzter Punkt, obwohl ich noch viel mehr sagen könnte: Bei der Familienpolitik stimmen wir allen Punkten zu, ebenso bei den Anträgen zur UN-Behindertenrechtskonvention. Natürlich stimmen wir auch dem Antrag betreffend "Demokratische Schulen durch Stärkung der politischen Bildung" zu.

Frau Eiling-Hütig, Sie haben verschiedene Beispiele gebracht. Da muss ich sagen, das ist insgesamt noch zu wenig. Wenn wir von Sozialkunde sprechen: Ich war früher mal Sozialkundelehrer. Wenn Sie Sozialkunde mit einer Stunde in der Woche und auch noch am Freitag in der sechsten Stunde unterrichten müssen, dann bringt das überhaupt nichts mehr. Auch das ist zum Teil die Realität an bayerischen Schulen. Wir müssen hier insgesamt noch viel mehr tun.

Ein Beispiel ist auch das Service-Learning. Dieses verbindet schulisches Lernen mit gesellschaftlichem Engagement und bedeutet Engagement für andere. Schüler arbeiten bei gesellschaftlichen Projekten und bei Behörden mit. Beispielsweise sind Schüler als Streetworker im Rahmen der Drogenprävention oder aktiv in Kitas tätig, oder sie arbeiten in der Verbraucherberatung, in der Denkmalpflege oder in der Stadtverwaltung mit. Das heißt, Politik in Zeiten des Populismus bedeutet auch, jungen Menschen komplizierte Sachverhalte zu erläutern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie die Uhr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Diese Anträge zum Service-Learning, die sehr zu seiner Stärkung beitragen würden, hat die CSU abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Staatssekretär Hintersberger.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die Menschen vor 70 Jahren hier in München zusammenkamen, um sich eine neue Verfassung zu geben, ging es zuerst einmal um ganz existenzielle, aber auch um ideelle Grundlagen des Lebens in Bayern, gerade was die Haltung zu Werten anbelangt. Das Land lag nach der Herrschaft der Nazis und nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs in Trümmern. Bayern war das Armenhaus Deutschlands.

Meine Damen und Herren, heute steht unser Bayern auf dem Fundament unserer Bayerischen Verfassung besser da als jemals zuvor. Meine Damen und Herren, wie sieht die Lebenswirklichkeit aus? – Ganz entscheidend – und dies ist auch der Tenor und die Zielsetzung der Verfassung – ist, dass die Menschen gut zusammenleben und ein gutes Auskommen haben.

Hier steht der Begriff "Arbeit" im Zentrum. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie haben in Bayern so viele Menschen gute Arbeit gehabt. Wir haben 5,4 Millionen Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Dazu kommen noch zwei Millionen Erwerbstätige. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit mit rund einer Million zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen um rund 40 % reduziert. Im Jahresdurchschnitt 2016 hatten wir nicht nur die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer, sondern auch die geringste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei knapp unter 3 % und wurde damit erfolgreich bekämpft. Mit dem Pakt "Integration durch Ausbildung und Arbeit" konnten über 60.000 geflüchtete Menschen in Praktika, in Beschäftigung, in Ausbildung und in Arbeit gebracht werden.

Meine Damen und Herren, dies ist ein entscheidender Aspekt. Es entspricht der Zielsetzung unserer Verfassung, den Menschen durch Arbeit ein selbstgestaltetes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Deshalb wird dies eine Hauptaufgabe unserer Politik darstellen. Dass dies gelingen kann, ist zuallererst ein Verdienst der Menschen, der leistungsstarken und fleißigen Menschen. Es ist das Verdienst der Unter-

nehmen und ihrer Innovationen. Es ist aber auch ein Verdienst einer guten, konsequenten und verlässlichen Politik, die den Rahmen dafür geschaffen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie reden über eine gerechte Steuerpolitik. Sie wollen den Spitzensteuersatz anheben und mit einem rot-rot-grünen Bündnis im Bund die Vermögensteuer wiedereinführen. Beides wäre Gift für Wachstum und Beschäftigung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, von daher wird es beides mit uns nicht geben.

Wir halten selbstverständlich an der Regionalisierung der Erbschaftsteuer fest. Bei den Betriebsübernahmen müssen wir darauf achten, dass wir die Arbeitsplätze halten und für die Menschen Planungssicherheit schaffen. Wir wollen die Bürger nicht belasten, sondern entlasten. Sie wissen, dass die Schulden von heute die Schulden und Abgaben von morgen sind. Seit über zehn Jahren nehmen wir keine neuen Schulden auf und tilgen die alten Schulden systematisch. Das ist eine richtige, nachhaltige und belastbare Generationenpolitik, die Generationengerechtigkeit schafft. Wir haben diese Politik für Bayern festgelegt, weil wir damit gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen wollen.

Meine Damen und Herren, Sie sprechen von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ich glaube, keine Regierung und keine Fraktion, die sie trägt, haben in den letzten Jahren mehr dafür getan als die Staatsregierung und die CSU. Lassen wir die Fakten sprechen: In den sieben Regierungsbezirken hat sich die Schere der Arbeitslosenquote in den vergangenen zehn Jahren um fast zwei Drittel geschlossen. Betrug der Unterschied zwischen den Regierungsbezirken im Jahr 2006 noch 3,1 Prozentpunkte, so hat er sich momentan auf 1,1 Prozentpunkte zwischen den Regierungsbezirken in ganz Bayern verringert. Das gilt von Hof bis Sonthofen, von Ulm bis Passau. Der Anteil der Beschäftigten an der Erwerbstätigenquote war mit 78 % noch nie so hoch. Das ist ein wichtiges Indiz für die belastbare und robuste Arbeitsmarktsituation.

Meine Damen und Herren, deshalb dürfen die Chancen für die Arbeit nicht verschlechtert werden. Wir handeln daher genau nach dem Prinzip: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir wollen keine Ungleichheit der Menschen mit und der Menschen ohne Arbeit. Wir wollen das verhindern, damit wir unsere Arbeitsmarktsituation nicht nur halten, sondern weiter verbessern können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sprechen von bestmöglichen Unterstützungen für Familien und Kinder. Bayern ist das Familienland Nummer eins.

(Beifall bei der CSU)

Ein Kahlschlag in der Familienpolitik und eine Steuerpolitik gegen Verheiratete ist deshalb mit uns nicht zu machen. Sie wollen das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld abschaffen, und das Ehegattensplitting gleich obendrein. Schauen Sie einmal in die Bayerische Verfassung! Lesen Sie einmal den Artikel 124! Meine Damen und Herren, dort können Sie sehen, mit welcher Wucht, mit welcher Geradlinigkeit und mit welcher Bedeutung die Familie als Keimzelle dieser Gesellschaft von den Vätern und Müttern unserer Verfassung verteidigt worden ist, Gott sei Dank. Das ist richtig so. Alles andere wird mit uns nicht zu machen sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sagen: Was für Kinder gut ist oder wie Familien glücklich werden, bestimmen nicht Parteizentralen. Das wissen und bestimmen unsere Eltern. Unsere Eltern haben die Entscheidungskompetenz. Auch das ist gut so. Hierfür ist der Artikel 126 unserer Bayerischen Verfassung die Grundlage. Hören Sie zu. Ich zitiere: "In persönlichen Erziehungsfragen gibt der Wille der Eltern den Ausschlag." Genau das ist unser Ansatz in der Familienpolitik. Die Eltern sollen selbstbestimmt und selbstverantwortlich ihre Situation in der Familie gestalten können. Diese Eigenverantwortlichkeit wird durch eine Vielzahl von Instrumenten, Projekten und Maßnahmen umgesetzt.

Herr Kollege Joachim Unterländer ist auf die Themen Krippenplätze, Kindertagesplätze und Basiswert eingegangen. Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir das Landeserziehungsgeld nicht abbauen, sondern es ausbauen. Wir halten am Bayerischen Betreuungsgeld und an der Wahlfreiheit der Eltern nach wie vor fest. Wir haben ein bundesweit einzigartiges Netz von Unterstützungsangeboten für die Familien, von den über 100 koordinierenden Kinderschutzstellen und den Erziehungsberatungsstellen bis zu den 112 Familienstützpunkten, die flächendeckend weiter ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sprechen von der Inklusion. Bei aller Wertschätzung für die neun Punkte, die Sie in Ihren Anträgen dargestellt haben: Diese sind längst Gegenstand des Bayerischen Aktionsplans Inklusion.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Umsetzung ist es!)

Bayern hat mit seiner Bundesratsinitiative für das Bundesteilhabegesetz nicht nur die größte Sozialreform der vergangenen Jahrzehnte angestoßen, sondern auch damit begonnen, systematisch Barrieren abzubauen. Das ist in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten angekündigt worden. Natürlich haben wir hier noch einen weiten Weg vor uns. Wir treten diesen Weg aber systematisch und konsequent an, wie das auch in unserer Verfassung verlangt wird.

Meine Damen und Herren, Sie sprechen von Integration. Ich sage deutlich: Bayern ist das Land der gelingenden Integration.

(Margit Wild (SPD): Das wird sich herausstellen!)

Richtig ist: Wir wollen kein Nebenher. Wir wollen kein Multikulti. Wir wollen keine Parallelstrukturen. Wir wollen aber mit der Integration, die wir leidenschaftlich für die Menschen, die hier ein Bleiberecht haben, vorantreiben, diesen Menschen Orientierung und Richtung geben. Die Grundlage dafür ist das Bayerische Integrationsgesetz. Sehen Sie sich einmal an, was dafür im Doppelhaushalt für beide Haushaltsjahre an

finanziellen Ressourcen eingepackt worden ist. Das sind über neun Milliarden Euro. Das sind deutliche Fakten und Zeichen, wie wichtig uns dieses Thema ist und wie ehrlich wir es meinen. Das gilt gerade für die Unterstützung der bayerischen Kommunen, ein Thema, über das wir immer wieder diskutieren. Kein anderes Bundesland verfährt auch nur im Ansatz so wie wir. Wenn ich nur an die unbegleiteten Minderjährigen denke – zu 100 %, spitz abgerechnet, wird der Kostenaufwand für sie vom Freistaat beglichen. Ähnlich verhält es sich mit den entsprechenden Anteilen, was die Verwaltungskosten anbelangt. Lassen Sie hier also nicht etwas Falsches die Oberhand gewinnen. Wir wollen das, wir machen das, und wir machen es auch erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Mit einer Vielzahl von verschiedenen Maßnahmen, angefangen beim Spracherwerb über den breiten Bereich der Bildung – Frau Kollegin Eiling-Hütig hat es angesprochen – bis hin zu den Jugendsozialarbeitern und den Integrationsbemühungen in unseren Kindertagesstätten wollen wir die gelingende Integration forcieren, gerade auch mit IdA, also mit Integration durch Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere bayerische Verfassung ist in der Tat ein Leuchtfeuer, ein Garant für die Freiheit in unserem Freistaat. Verfassungsauftrag ist die Schaffung einer chancengerechten Gesellschaft, die Leistung und Solidarität verbindet, indem sie Hilfe zur Selbsthilfe gewährt und die Eigenverantwortung grundlegend festmacht. Es ist unsere Verantwortung als Bayerische Staatsregierung, dafür immer wieder verlässliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten und zu entwickeln.

Grundlage dafür ist auch die Trias der christlichen Gesellschaftslehre, nämlich die Persönlichkeit mit der Eigenverantwortung, die Subsidiarität – beginnend bei der Familie über die Kommunen bis zum Ehrenamt der Vereine – und auch die Solidarität, die wir bereits angesprochen haben. Dieser Weg hat uns über richtige, zukunftsweisende Weichenstellungen auch und gerade dieses Hauses und der Bayerischen Staatsregierung seit vielen Jahrzehnten zu diesem guten Zusammenleben und dem beispiellosen

Wohlstand geführt. Wir gehen ihn daher mit Zuversicht und Kraft weiter – für Bayern, für die Menschen und für unsere Heimat.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Herr Staatssekretär, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Güll und dann vom Kollegen Dr. Fahn.

Martin Güll (SPD): Herr Staatssekretär, ich weiß nicht, ob Ihr Redenschreiber oder Ihre Redenschreiberin vielleicht überhört hat, was in Ihrem Nachbarministerium an Meinungen kursiert. Habe ich mich gerade verhört, oder haben Sie soeben ein Plädoyer für den Elternwillen und für die freie Elternentscheidung gehalten, wo Sie uns vor zwei Stunden von der CSU-Seite doch noch erklärt haben, dass es auf gar keinen Fall infrage kommt, dass die Eltern beim Übertritt mitentscheiden dürfen?

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie uns jetzt noch einmal erklären.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Lieber Kollege, jetzt bleiben Sie doch mal auf dem Boden.

(Lachen bei der SPD – Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind auf dem Boden der Verfassung!)

Was die freie Entscheidung der Eltern und deren Kompetenz anbelangt, so ist das natürlich ausgerichtet an den Möglichkeiten der Rahmenbedingungen für eine leistungsorientierte Bildung und Entwicklung unserer Kinder.

(Lachen bei der SPD)

Es ist Aufgabe der Eltern – da können Sie lachen, wie Sie wollen; das interessiert mich vergleichsweise wenig –,

(Zuruf von der SPD: Das ist mir egal, ob Sie das interessiert oder nicht!)

zu spüren, zu merken, zu wissen, in welcher Entwicklungsphase sich ihre Kinder befinden und an welcher Stelle unseres großen Bildungssystems – in dem der Grundsatz gilt: kein Abschluss ohne Anschluss – im Verbund mit all seinen Leistungen das Kind mit seinen Talenten, als Frühentwickler oder als Spätentwickler, steht,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

um in diesem Rahmen eine Entscheidung für das Kind zu fällen, und zwar richtig und verantwortlich. Von daher: Bleiben Sie auf dem Boden. Wenden wir uns lieber dem zu, wo die Verfassung eine Notwendigkeit sieht, nämlich der Verantwortung der Eltern in der Familie.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, haben Sie eigentlich zugehört, was ich vorhin gesagt habe? Sie haben hervorgehoben, wie mustergültig der Freistaat Bayern bei den Integrationskosten für die Kommunen verfährt. Kennen Sie eigentlich die Hunderte von Briefen von Bürgermeistern an die Bundeskanzlerin, die genau vorrechnen, dass ihnen zwei Millionen Euro, drei Millionen Euro oder gar zehn Millionen Euro fehlen? Was sagen Sie dazu? Haben Sie das auch vernommen, oder kennen Sie die Artikel vom 13. April nicht? Den Kommunen fehlt definitiv Geld.

(Zuruf von der CSU: Ja, ja!)

Die Klagen über die ungedeckten Kosten werden an die Bundeskanzlerin geschickt. Ich fände es sinnvoll, wenn sie auch an die Bayerische Staatsregierung geschickt würden.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Lieber Herr Fahn, das sind genau die holzschnittartigen Argumente, die immer wieder gebracht werden. Wenn Sie irgendwo im kommunalpolitischen Bereich verankert sind, dann wissen Sie: Es gibt – das ist auch ein Fundament in unserer Verfassung – Rechte und Pflichten auf den verschiedensten Ebenen. Das gilt auch für die Verfassung unseres Freistaates.

Wie kein anderes Bundesland leisten wir weit über die eigentlichen Verpflichtungen des Freistaates hinaus Unterstützung für unsere Kommunen; denn wir wissen, was unsere Kommunen leisten. Das sind uns unsere Kommunen wert, gerade angesichts der großen Herausforderungen, die mit der Flüchtlingssituation und der Integration verbunden sind.

Um nur eine Zahl zu nennen: Wenn wir bei einem Gesamthaushalt von 58 Milliarden Euro 8,5 Milliarden Euro allein in Form des Finanzausgleichs für unsere Kommunen zur Verfügung stellen, dann können Sie doch nicht allen Ernstes sagen, der Freistaat ließe seine Kommunen im Regen stehen. Das ist schlichtweg falsch und unverschämt!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich bitte jetzt um etwas Aufmerksamkeit; denn jetzt kommt ein kleiner Abstimmungs-marathon. Von der Abstimmung ausgenommen ist der Tagesordnungspunkt 9. Der Antrag wurde im federführenden Ausschuss für erledigt erklärt.

Wie zum Beginn der Aussprache erwähnt, ist vonseiten der SPD-Fraktion zu fünf Anträgen namentliche Abstimmung beantragt worden. Es handelt sich um die Anträge auf den Drucksachen 17/14198, 17/14200 und 17/14206 bis 17/14208.

Ich lasse zunächst über die übrigen Anträge insgesamt abstimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten der federführenden Ausschüsse abzustim-

men. Die federführenden Ausschüsse empfehlen die Anträge mit Ausnahme des Antrags auf Drucksache 17/14201 zur Ablehnung.

Beim Antrag auf Drucksache 17/14201 empfiehlt der federführende Ausschuss einstimmig Zustimmung mit Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/15671.

Bei den Anträgen auf den Drucksachen 17/14195 und 17/14196 soll auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie, der ebenfalls die Ablehnung empfiehlt, zugrunde gelegt werden.

Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme der jeweils maßgeblichen Ausschussvoten einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge auf den Drucksachen 17/14194 bis 17/14196, 17/14199, 17/14202 bis 17/14205 sowie 17/14209 sind abgelehnt. Dem Antrag auf Drucksache 17/14201 wurde in geänderter Fassung zugestimmt.

Nun folgen die fünf namentlichen Abstimmungen, wobei ich die erste mit fünf Minuten mache, alle weiteren mit drei Minuten, wenn Sie einverstanden sind. Als Erstes lasse ich über den Antrag auf Drucksache 17/14198 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Familien und ihre Kinder bestmöglich unterstützen (V)" abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 10. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt Ablehnung. Die Urnen stehen bereit. Wir beginnen mit der Abstimmung: fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.30 bis 19.35 Uhr)

So, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Bitte bleiben Sie weiterhin aufmerksam, wir fahren jetzt mit der nächsten Abstimmung fort.

(Allgemeine Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe. Als nächste erfolgt die Abstimmung über den Antrag "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: 9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII)" auf Drucksache 17/14200. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt auch hier Ablehnung. Die Urnen sind bereitgestellt. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.36 bis 19.39 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen wiederum außerhalb des Sitzungssaales aus. Ich bitte um Aufmerksamkeit, wir fahren in der Abstimmung fort.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag auf Drucksache 17/14206 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Gleichheit vor dem Gesetz umsetzen – Gleichstellungsgesetz reformieren (XIV)". Das ist Tagesordnungspunkt 18. Die Urnen stehen bereit, wiederum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.39 bis 19.42 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen wiederum außerhalb des Sitzungssaals aus.

Wir kommen nun zur nächsten Abstimmung zum Antrag der SPD "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Tierschutz verbessern (XV)" auf Drucksache 17/14207.

(Unruhe)

Ich bitte doch um etwas Aufmerksamkeit. Das ist der Tagesordnungspunkt 19. Die Urnen stehen wieder bereit. Drei Minuten. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 19.42 bis 19.45 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Stimmabgabe und zählen wiederum außerhalb des Sitzungssaales aus.

Ich eröffne zu guter Letzt die Abstimmung zum Antrag der SPD "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration! (XVI)" auf Drucksache 17/14208. Das ist der Tagesordnungspunkt 20. Wiederum drei Minuten. – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 19.46 bis 19.49 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Wir schließen die Stimmabgabe und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Die Ergebnisse werden später bekannt gegeben. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Zunächst gebe ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Antrag der SPD auf Drucksache 17/14198 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Familien und ihre Kinder bestmöglich unterstützen (V)". Mit Ja haben 64 und mit Nein 74 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD auf Drucksache 17/14200 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: 9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII)" bekannt. Mit Ja haben 64 und mit

Nein 73 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der SPD auf Drucksache 17/14206 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Gleichheit vor dem Gesetz umsetzen – Gleichstellungsgesetz reformieren (XIV)" bekannt. Mit Ja haben 50 und mit Nein 87 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Antrags der SPD auf Drucksache 17/14207 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Tierschutz verbessern (XV)" bekannt. Mit Ja haben 50 und mit Nein 87 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Weiterhin gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum SPD-Antrag auf Drucksache 17/14208 betreffend "70 Jahre Bayerische Verfassung – Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration! (XVI)" bekannt. Mit Ja haben 62 und mit Nein 73 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann u. a. SPD; 70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Familien und ihre Kinder bestmöglich unterstützen (V) (Drucksache 17/14198)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	64	74	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD; 70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: 9-Punkte-Programm zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bayern (VII) (Drucksache 17/14200)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith			
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert				Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin				Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker				Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine			
Bause Margarete				Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian			
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hözl Florian		X	
Deckwerth Ilona	X			Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert				Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard		X		Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert		X		Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	64	73	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 18: Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Susann Biedefeld, Annette Karl u. a. SPD; 70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Gleichheit vor dem Gesetz umsetzen - Gleichstellungsgesetz reformieren (XIV) (Drucksache 17/14206)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	50	87	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 19: Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u. a. SPD; 70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Tierschutz verbessern (XV) (Drucksache 17/14207)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	50	87	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.04.2017 zu Tagesordnungspunkt 20: Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. SPD; 70 Jahre Bayerische Verfassung - Unser Bayern. Unsere Verfassung. Unser Auftrag: Keine kalte Kommunalisierung der Kosten der Integration! (XVI) (Drucksache 17/14208)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	73	0